

Die Linke Fraktion Herne / Wanne-Eickel
Hauptstraße 181, 44652 Herne

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und Senioren
Herrn Patrick Steinbach
Über Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda
Postfach 101820
44621 Herne

**Die Linke Fraktion
Herne / Wanne-Eickel**

Hauptstraße 181
44652 Herne

Telefon: 02325 654051
fraktion@die-linke-herne.de
www.dielinke-herne.de

Herne, 05.03.2024

Bezahlkarten für Asylbewerber:innen

Sehr geehrter Herr Steinbach,

DIE LINKE. Fraktion Herne/Wanne-Eickel bittet Sie, folgenden Vorschlag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Senioren zu nehmen:

Sachstand und Diskussion bezüglich: **Bezahlkarten für Asylbewerber:innen**

Hierzu bitten wir die Verwaltung um einen kurzen Bericht zum aktuellen Sachstand in Herne. Insbesondere bitten wir die Verwaltung, auf mögliche Alternativen zu einem Bezahlkarten-System einzugehen. Wäre es zum Beispiel möglich, allen Asylbewerber*innen in Herne ein Basiskonto bei der Herner Sparkasse zu eröffnen, auf denen die Leistungen ausgezahlt werden sollen?

Begründung:

Das zur Zeit viel diskutierte Modell der „Bezahlkarte“ trifft auf viel Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft. Organisationen wie PRO AYSL, die Caritas oder auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband lehnen dieses ab. Je nach konkreter Form der Umsetzung können Bezahlkarten zu einer deutlichen Einschränkung der individuellen Lebensführung führen. Dadurch werden sie letztendlich zu einem Integrationshindernis.

Ein Weiteres Problem ist, dass eine Bezahlkarte den Status als Asylbewerber*in einer Person bei jedem Bezahlvorgang offen preisgibt. Dies öffnet Tür und Tor für rassistisch motivierte Diskriminierung.

Weiter ist es unsicher, ob ein Bezahlkarten-System überhaupt rechtssicher ist und nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Bereits jetzt wird erwartet, dass es eine Vielzahl von Klagen dagegen geben wird.

Das Land Nordrhein-Westfalen überlässt den einzelnen Kommunen die Entscheidung darüber, ob eine Bezahlkarte lokal eingeführt wird oder nicht. In vielen Kommunen zeichnet sich von Seiten der Politik ein deutlicher Widerstand gegen Bezahlkarten ab. So hat sich zum Beispiel der Stadtrat in Dortmund mehrheitlich gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen.

Eine gangbare Alternative hierzu wäre, allen Asylsuchenden eine Basis-Girokonto anzubieten. Laut einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 hat ohnehin jeder hier lebende Mensch ein Recht auf ein Basis-Girokonto.

Mit freundlichen Grüßen,



Daniel Kleibömer